

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

Motto:

Treu der alten Heimat und der neuen.

中華郵政特准掛號立券之報紙

4. Jahrgang

Tientsin, Sonntag, den 24. September 1933.

Nummer 915

Zu der Umbildung des österreichischen Kabinetts

Berlin, den 22. September (Transocean K.) In den Kommentaren der deutschen Presse zu dem neuen Dollfuss Kabinetts, welches jetzt diktatorische Vollmachten über Oesterreich hat, herrscht der Skeptizismus vor. Die Zeitungen betonen, dass die Lage in Oesterreich dem Brüning Regime in Deutschland ähnele, und dass Dollfuss wegen der Zwietracht der politischen Parteien, doch mit der Zeit den siegenden Strom des Faschismus nicht aufhalten können wird.

Rom, den 22. September (Transocean K.) Die italienische Presse begrüsst das neue politische Regime Oesterreichs mit freundlichen Worten, und bezeichnet die neue revolutionäre Umformung als „vielversprechen“.

Der österreichische Ständerat

Wien, den 22. September (Transocean K.) Eine der ersten Massnahmen des neuen Dollfuss Kabinetts wird die Ersetzung des Parlaments durch den sogenannten „Ständerat“ sein. Dieser Rat besteht aus den Vertretern der verschiedenen Bundesstaaten. Nach der halboffiziellen Politischen Korrespondenz wird diese Körperschaft die wichtigsten Verfügungen ausarbeiten nach denen Kanzler Dollfuss in Zukunft regieren wird.

Aussergewöhnliche Erklärung Lloyd Georges

London, den 23. September (Havas) Lloyd George hat eine sehr bedeutsame Erklärung abgegeben. Er sagte, er wäre an der Machtbehaltung der Nationalsozialisten in Deutschland interessiert.

In dieser Rede bezeichnet der ausgezeichnete Staatsmann das neue Deutschland als ein Bollwerk gegen den Kommunismus.

Lloyd George sagt wörtlich: „Ich bin weder Anhänger Hitlers, noch Faschist noch Kommunist, sondern ein einfacher Mann, der bemüht ist, dass alles weise vorgenommen wird. Wenn es den Mächten gelingt, die deutsche nationalsozialistische Regierung zu stürzen, wird ein kriegerischer und unbeherrschter Kommunismus an die Stelle treten.“

Einfuhrbeschränkungen?

Berlin, den 22. September (Reuter). Eine morgen in Kraft tretende Verfügung sieht in Wiedervergeltung Importbeschränkungen für solche Länder vor, welche Importbeschränkung deutscher Waren verfügt haben; ausgenommen sind solche Staaten, wo die bestehenden Verträge solche Beschränkungen zulassen.

Die neue Verfügung wird jedoch in den Fällen Anwendung finden, wo eine dritte Nation Vorteile genießt, die Deutschland verweigert werden.

England und die Frage der Währungsstabilisierung

London, den 21. September (Transocean K.) Auf der jährlichen Direktorenversammlung der Bank von England, welche hier heute stattfand, erklärte Sir Montague Norman, dass er sich in Zukunft so wenig wie möglich mit Währungsfragen beschäftigen werde. Er lehnte es entschieden ab, in solchen Angelegenheiten irgendwelche weitere Verantwortung zu übernehmen, da ihm die wichtigsten Bedingungen zur Verfolgung einer bestimmten Politik der Kontrolle entglitten sind.

Der genaue Sinn und die praktische Wichtigkeit dieser Erklärung ist im Augenblick nicht ganz klar, aber man nimmt an, dass dies das direkte Ergebnis des Besuches beim Präsidenten Roosevelt ist. Es ist kein Geheimnis, dass der Gouverneur der Bank von England nach Amerika gefahren ist, um mit dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt über gemeinsame Massnahmen zur Stabilisierung der Währungen zu beraten. Aber er konnte keine Konzession erlangen.

In seiner Rede heute vermeidet Norman sorgfältig jede Bezugnahme auf seinen Besuch in Amerika, und begnügt sich damit zu betonen, dass die Lage in den Vereinigten Staaten sich schnell verändert, sodass das Bild, welches er vor 14 Tagen gewinnen konnte, schon wieder durch die Forderungen des heutigen Tages ganz verdrängt ist.

Zu der Wirtschaftslage in Amerika

New York, den 22. September (Reuter) Präsident Roosevelt ist nicht bereit den Weg der Inflation zu beschreiten. Professor Moley begünstigt eine Inflation, aber der Bankier Warburg warnte den Präsidenten vor einem solchen Schritt.

Inzwischen vergrössert die Federal Reserve Bank ihre Goldbestände durch Ankauf auf dem offenen Markt.

Nach der Meinung der Finanzleute ist die Schwäche des Dollars auf die Kapitalflucht zurückzuführen, und darauf, dass die Massnahmen zur Erweiterung des Kredits bisher keinen Erfolg gehabt haben.

Das Journal de Commerce nimmt an, dass bis Dezember eine Dollarentwertung von 40% erfolgen wird.

Die Industrie Direktorenversammlung berichtet von einem Rückgang des Geschäftes während der 6 Wochen bis zum 15. September, ausgenommen im Baumaterial- und Maschinenhandel.

Andererseits gibt das statistische Amt der N. I. R. A. an, dass 25% Erfolge errungen wurden und wieder 2 500 000 Personen neubeschäftigt sind.

Anerkennung Russlands durch die U. S. A.

Washington, den 22. September (Reuter) Die Frage der Anerkennung der Sowjet Union wird augenblicklich von der Regierung in Betracht gezogen.

Es wird als sicher angenommen, dass wenn der Kongress im November wieder zusammentreten wird, er vor eine vollendete Tatsache gestellt wird.

Die wachsende Unzufriedenheit der Baumwollpflanzer mit den Währungsbedingungen ist zum grossen Teil verantwortlich für die Beschleunigung der Bewegung zur Anerkennung der Sowjet Union in Anbetracht der grossen Baumwollkäufe von Russland, welche nach der Anerkennung getätigt werden sollen.

Posten des Hohen Völkerbundkommissars von Danzig frei

Genf, den 23. September (Havas) Der Völkerbundsrat ernannte Rosting, den Hohen Völkerbundskommissar für Danzig, zum Direktor der Minderheitenabteilung des Völkerbundes. Der Posten in Danzig ist damit frei geworden.



Am Sonntag, dem 1. Oktober 1933, Vormittag 11 Uhr, findet im CAPITOL THEATER, Woodrow Wilson Street, die Vorführung des Tonfilms

„DEUTSCHLAND ERWACHT“

vor geladenen Zuhörern statt.

Zu der Vorführung werden hiermit alle Deutschen und ihre ausländischen Freunde herzlichst eingeladen.

Der Film gibt ein anschauliches Bild der politischen Entwicklung in Deutschland vom 30. Januar 1933 bis zum Tage von Potsdam.

Die Geschäftsleitung des Capitol Theaters hat für diese Vorführung ihre Räume lebenswürdiger Weise frei zur Verfügung gestellt.

Platzkarten werden für die deutschen Besucher am Donnerstag, dem 28. September, für die Ausländer am Freitag, dem 29. September zwischen 9 und 1 Uhr im Generalkonsulat unentgeltlich ausgegeben.

DEUTSCHES GENERALKONSULAT
gez. DR. BETZ

Tientsin, den 24. September 1933.

Kein wahrer Frieden ohne deutsche Gleichberechtigung

(Rundfunkrede des Staatssekretärs a. D. Freiherrn v. Rheinbaben)

Meine Damen und Herren!

Vor acht Tagen hat Herr Legationsrat Schwendemann die deutsche Abrüstungsthese in ihrer grundsätzlichen Zielsetzung in einer Rundfunkrede zusammenfassend dargelegt. Sie stand unter der Ueberschrift: „Deutschlands Recht auf gleiche Wehr und gleiche Sicherheit“. Ich möchte für meinen Teil am heutigen Abend vor Ihnen das vielseitige und in seinen völkerrechtlichen und technischen Einzelheiten recht komplizierte Abrüstungsthema vom Gesichtspunkt unseres Anspruchs auf Gleichberechtigung nahebringen.

Als Delegierter zur Abrüstungskonferenz, der die Genfer Verhandlungen vom 2. Februar v. J. an mitgemacht hat, möchte ich Ihnen heute abend zu den bekannten und feststehenden grundsätzlichen deutschen Forderungen einige ergänzende Ausführungen machen, die im Lichte der letzten aussenpolitischen Entwicklung und auf Grund der praktischen Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre das Abrüstungsproblem in seiner ganzen Schwere und Bedeutung für die deutsche Zukunft und für die Herbeiführung eines wahren und dauerhaften Friedens herausstellen sollen.

Ich beginne mit der Frage: Wo steht eigentlich jetzt die Abrüstungskonferenz? Ist es richtig, dass sie bisher überhaupt kein Ergebnis gezeitigt hat und dass es im deutschen Interesse liegt, sie möglichst bald zu verlassen, weil die Hoffnungslosigkeit der weiteren Verhandlungen endgültig erwiesen sei? Ich möchte gerade aus der Genfer Praxis heraus auf solche Fragen folgendes antworten:

Zunächst ist es nicht richtig, dass die Abrüstungskonferenz bisher überhaupt keine Ergebnisse gezeitigt hat. Am 11. Dezember v. J. haben die Grossmächte ausdrücklich die deutsche Grundforderung nach Gleichberechtigung anerkannt, und die Gesamtkonferenz hat diese Tatsache zur Kenntnis genommen. Wäre diese Anerkennung nicht erfolgt, dann hätte sich Deutschland an den weiteren Verhandlungen nicht mehr beteiligt, und Deutschlands erneute Anwesenheit in Genf vom Januar d. J. ab stand daher von vornherein unter der zweifelsfreien Voraussetzung, dass in der kommenden Abrüstungskonvention die grundsätzlich anerkannte deutsche Gleichberechtigung ihren praktischen Ausdruck finden müsste. Aus dieser Feststellung geht hervor, dass es selbstverständlich ein völlig unmögliches Verfahren der Gegenseite oder einzelner Mächte sein würde, jetzt etwa auf Grund irgendwelcher angeblicher Befürchtungen oder sonstiger Vorwände Deutschland die Gleichberechtigung in der Wehrfrage wieder abzuschneiden.

Gewiss, nach dem Wortlaut der Vereinbarung vom 11. Dezember v. J. sollte die deutsche Gleichberechtigung „in einem System der Sicherheit“ verwirklicht werden. Dieses System von internationalen, den Völkerbundpakt ergänzenden und verstärkenden Abmachungen und Garantien ist unter aktiver Mitarbeit Deutschlands auch auf der Abrüstungskonferenz so vervollkommen worden, dass ehrlicherweise selbst von Frankreich nicht die These vertreten werden kann, als sei diese Voraussetzung für die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung nicht erfüllt. Ausserdem vertreten wir und viele andere Staaten die Auffassung, dass die beste Gewähr für die Sicherheit in einer wirksamen Herabsetzung der Rüstungen selbst liegt. Es ist ausserordentlich interessant, festzustellen, dass der Berichterstatter für das Budget 1933 in der französischen Kammer, der Abgeordnete Dariac, auf Seite 101 seines Berichts folgendes schreibt: „Die Anerkennung der Gleichberechtigung, die unklugerweise vorzeitig vor allseitiger Zustimmung zu gegenseitiger Unterstützung ausgesprochen worden ist, zieht automatisch den Fortfall der militärischen Entwaffnungsbestimmungen der Friedensverträge und ebenso der im Locarnopakt hinsichtlich der Entmilitarisierung des Rheinlandes gegebenen Garantien nach sich.“ Wenn also Deutschland sich für eine Uebergangsperiode von fünf Jahren mit einer nur teilweisen Verwirklichung der militärischen Gleichberechtigung abfindet — es verlangt die volle qualitative Gleich-